Dieselöl Benzin
HEIZ OEL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 24. Februar 2023 | Nr. 8 | 65. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Vorschau Frühjahrssession von NR Therese Schläpfer
Seite 2

Kanton Zürich
Die SVP für den Erhalt der Grundversorgung! von KR Daniel Wäfler
Seite 3

Aktuell
Demokratie in Bedrängnis von alt NR Ulrich Schlüer
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
Die Verachtung der Demokratie von Camille Lothe
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Politlunch Andelfingen vom 1. März
Seite 8

WAHLJAHR 2023

«Die SVP besteht den Stresstest!»

Das Superwahljahr 2023 hat seinen ersten Höhepunkt erlebt: die Kantonsrats- und Regierungsratswahlen des Kantons Zürich. Absolute Zahlen, Prozente und Statistiken aller Art belegen, die SVP des Kantons Zürich ist Wahlsiegerin. Sie bleibt stärkste politische Kraft. Das Resultat belegt, die Bezirksparteien haben gute Arbeit geleistet, die Kandidatinnen und Kandidaten engagierten sich stark sowie die Themensetzung und die Vermittlung der entsprechenden Botschaften gelang. Die links-grüne Mehrheit im Kantonsparlament konnte – noch nicht – gebrochen werden. Das heisst für die SVP, mit eiserner Disziplin Schadensbegrenzung zu betreiben und mit hohem Tempo die nächsten Abstimmungen und Wahlen vorzubereiten. Das Zürcher Wahlresultat schafft – und das ist enorm wichtig – beste Voraussetzung, mit gestärktem Willen und gefestigter Überzeugung in den eidgenössischen Wahlkampf zu steigen.

Zusammen sind wir stark. Die SVP muss geeint weitermachen, um die links-grünen Ideologen zu stoppen. Der erste Schritt dafür ist getan. Bild: Linda Kastrati

Was sind Wahlen eigentlich?

Die Bürgerinnen und Bürger bestimmen, wer sie in den verschiedenen Behörden vertreten soll/muss. Es geht um «Vertretung». Die «Vertreter» sind Beauftragte, Repräsentanten, Verfechter, Anhänger und Schirmherren des politischen Willens der Bürgerinnen und Bürger. Ihre Aufgabe ist es nicht, die Verfassungsordnung und den Wählerwillen zu «vertreten» im Sinn von «zertrampeln». Politische Vertreter handeln nicht aus Eigeninteresse. Sie sind «Schirmherren», in unserem Fall des SVP-Programms, zu welchem die Wählerinnen und Wähler stehen. Das ist der Auftrag.

Stresstest

Entwicklungen wie Pandemie, Inflation, Energieversorgung und Krieg haben unser Denken innert kürzester Zeit einem «Stresstest» ausgesetzt. Das disziplinierte Festhalten am Parteiprogramm hat der SVP in vielen Bereichen recht gegeben. Die politischen Botschaften – vereint unter der Hauptaussage «Sichere Zukunft in Freiheit» – geben die Antworten. Wir müssen unbedingt eine Partei der Grundsätze bleiben, auf Biegen und Brechen, auch wenn es nicht immer spannend und «sexy» ist, permanent das Gleiche mahnend zu fordern. Dass das notwendig ist, zeigen folgende Stichworte:

Zuwanderung

Es geht ungebremst weiter. Die «Verbürokratisierung», die Gängelung unseres Lebens auch. Mehr Zuwanderung heisst weniger Freiheit und Wohlstand. Ohne den Bereich Asyl/Flüchtlinge wuchs die ständige Wohnbevölkerung 2022 um netto 81 345 Personen (2021: 61 526), davon stammen 66% aus den EU/EFTA-Staaten. Der Familiennachwuchs ist nach der Erwerbstätigkeit der zweite Hauptgrund für die Zuwanderung. 41 566 Personen (12% mehr als 2021) wurden eingebürgert. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung beträgt 2241 854 Personen. Die Gesamtbevölkerung umfasst rund 8,8 Mio. Menschen. Die Anzahl Grenzgänger hat 2022 um 6,1% auf 380 821 Personen zugenommen.

Gewalt in der Stadt Zürich

Nach der Räumung des sogenannten «Koch-Areals» in der Stadt Zürich drohten die Linksextremen, «die Stadt wird kochen». Mit unglaublicher Gewalt zerstörten am Wochenende Radikalisierte öffentliche Einrichtungen, Eigentum und Geschäfte. Der Nährboden für diesen Terror ist die links-grüne Ideologie. Auf Tagesanzeiger-online lesen wir, der Kommandant der Stadtpolizei sage, die Polizei sei überrascht gewesen vom hohen Aggressionspotenzial. Die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, die Grüne Karin Rykart, sei mit ihm einig, wenn es um die Bewertung des Vorgehens geht: Ein härteres Durchgreifen hätte zu einer noch grösseren Eskalation führen können.

Neutralitätspolitischer Niedergang durch Profilierungsgier

Der Krieg Ukraine – Russland ist wie alle übrigen Kriege ein Drama. Umso abartiger ist seine Instrumentalisierung. Nach dem Motto, ich will auch noch ein Selfie mit Präsident Wolodymyr Selenskyj, hat die Profilierung ohne Nutzen Hochkonjunktur. Wir alle wissen, was die Aufgabe der neutralen Schweiz ist, besser wäre! Wie absurd die laufende Diskussion ist, zeigt der Präsident der FDP Schweiz, Ständerat Thierry Burkart, welcher sich diese Woche zitieren liess: «Die SVP beerdigt die bewaffnete Neutralität». Im Gegensatz zur SVP will er zusammen mit Linken(!) indirekte Kriegsmateriallieferungen – über Drittstaaten – in die Ukraine ermöglichen. Diese Waffenhändler mit «moralischem Anspruch» behaupten, nur so könne die Schweizer Rüstungsindustrie und somit die bewaffnete Neutralität weiterbestehen. Mehr Propaganda durch vorsätzliche Falschaussagen geht nicht. Eine Propaganda, die zum Ziel hat, die Schweiz in die EU institutionell einzubinden und gefechtskompatibel der NATO zu unterstellen. Auch hier geht es um «Schönwetter». Die Neutralität ist kein Problem, wenn «Friede, Freude, Eierkuchen» herrscht. Sie wird anspruchsvoll und unangenehm, wenn «Gewitter» herrscht.

Die nächste Punktlandung kommt

Bundesrat Ueli Maurer sagte am 10. Januar 2022 an der kantonalen Delegiertenversammlung in Gossau: «Wahlen sind der Höhepunkt der Parteiarbeit.» Sie sind es in Tat. Deshalb müssen wir noch präziserer, prägnanter, schneller, lauter und disziplinierter aufzeigen, was falsch läuft, die Verantwortlichen nennen und gleichzeitig die SVP-Forderungen als Lösungen auf den Tisch legen; kurz mit drei bis fünf drillmässig «einstudierten» Forderungen. Ich habe meine Punkte. – Sie? In diesem Sinn danke ich als Wahlleiter der Kantonswahlen allen, welche die Punktlandung am 12. Februar 2023 ermöglicht haben.

Werner Gartenmann
Sekretär SVP Kanton Zürich
Binz

Christoph Mörgeli

Unter fremder Flagge

Das Stadthaus von Winterthur ist kein Gebäude wie jedes andere. Der tempelartige Bau geht zurück auf den genialen Architekten Gottfried Semper und stellt schweizweit das stärkste Zeugnis des Historismus dar. Dieses Stadthaus ist identitätsstiftendes Wahrzeichen, der Stolz aller echten Winterthurer. Weil der chronisch überschuldeten, rot-grün regierten Stadt das Geld für das Wiederaufstellen von drei Giebelfiguren fehlte, übernahmen Private die Finanzierung.

Angesichts eines erdrückenden Ausländeranteils fühlen sich viele Winterthurer fremd in der eigenen Stadt. Seit einem Jahr fehlt ihnen am Stadthaus obendrein die Schweizer Fahne. Oder jene von Winterthur mit zwei roten Löwen auf weissem Grund. Stattdessen weht dort seit einem Jahr die blau-gelbe Flagge der Ukraine. Wer sich deswegen als Bürger an den Stadtrat wendet, erhält zur Antwort: Man setze wegen des «völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands» ein «Zeichen» der «Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung».

Nun müsste die Stadt Winterthur viele Fahnen anschaffen, wenn sie gegen jedes Unrecht auf dieser Welt demonstrieren wollte. Beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA gegen den Irak, gegen Serbien oder Libyen wehten dort allerdings keine Solidaritätsfahnen. Trotz den schrecklichen Erdbeben wurde die Flagge der Ukraine nicht durch jene der Türkei oder von Syrien ersetzt. Die furchtbaren Kriege im Jemen, in der West-Sahara und im Kongo interessieren in Winterthur keinen Deut. Vielmehr erhalten Bürger, die sich beschweren, zur Antwort: «Der Stadtrat wird an seinem Beschluss festhalten und die Ukraine-Beflaggung am Stadthaus aufrechterhalten.»

Das Blau-Gelb über den öffentlichen Gebäuden führt dazu, dass sich Flüchtlinge dort in ihrer Muttersprache ans Personal wenden – in der Meinung, es handle sich angesichts der Beflaggung um ein ukrainisches Konsulat. Ukrainischer Nationalismus ist hui, schweizerischer Nationalismus ist pfui. Unsere Politiker schreiben sich lieber etwas auf fremde Fahnen. Weil sie immer wissen, woher gerade der Wind weht.

BERICHT AUS BERN

Frühjahrssession 2023 Vorschau

Gespannt dürfen wir auf das Verhalten von Bundesrat Berset und seiner SP sein. Spürt man den Druck der «Corona-Leaks» auf seinen Schultern? Wird er sich in den Fragestunden rechtfertigen müssen? Wie werden sich die neuen Bundesräte vor dem Plenum mit ihren Positionen präsentieren? Das Wahljahr hat begonnen und die Parteien möchten ihre Wähler möglichst gut pflegen. Dabei gilt es, die Mitte-Parteien genau zu beobachten. Driften sie von ihrem meist linken Abstimmungsverhalten während der letzten drei Jahre ab oder unterstützen sie weiterhin – wie meistens – die Linken?

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Während der Frühlingssession werden wir über neun Standesinitiativen und zwei Volksinitiativen befinden. Die Linken wollen uns bereits wieder bevormunden. Der Kanton Genf will den Zuckergehalt in industriell hergestellten Getränken begrenzen und der Kanton Freiburg will eine klare Darstellung der Menge des «schnellen Zuckers» in Lebensmitteln. Hier zeigt sich, dass unsere Partei wieder einmal ahnte, was uns mit der Annahme des Tabakproduktegesetzes blühen könnte. Zwar sind wir noch nicht beim Cervelat, wie damals auf dem Plakat, jedoch wird bereits via Kantone versucht, uns mit dem Zuckerkonsum zu bevormunden.

Der Kanton Jura will die Internetgiganten stärker besteuern. Durch den Lockdown des Bundesrates während der Covid-Pandemie und den Aufruf «Bleiben Sie zu Hause!», hat der Versandhandel mächtig zugelegt. Dadurch litten bedauerlicherweise lokale Unternehmen. Der Kanton Jura will sich nun den EU-Ländern anschliessen, welche beabsichtigen, den Umsatz der Internetgiganten zu besteuern. Mit den Einnahmen soll ein Fonds geschaffen werden, um die Entwicklung von Nahversorgungsprojekten zu unterstützen. Dieses Umverteilungsprojekt wurde vom Ständerat bereits abgelehnt.

Die Altersvorsorge wird uns mit dem Teuerungsausgleich der AHV-Renten, sowie mit der Revision des BVG beschäftigen. Wir sind gespannt, wie die Linken uns Frauen bei der Beratung wieder in der Opferrolle stellen und was sie uns wieder über unsere Benachteiligung vorjammern. Man darf bei diesem Thema die verschiedenen Lebenspläne nicht ausser Acht lassen. Klar gibt es Alleinerziehende beider Geschlechter, welche im Pensionsalter finanziell schmal durchmüssen. Für diese Härtefälle existiert die Ergänzungsleistung. Aber es gibt auch Menschen, die nicht gerne Vollzeit an eine Arbeitsstelle gebunden sind und sich über Jahre mit ein wenig Durchjobben den Lebensunterhalt verdienen. Sie sind dann freier und merken erst später, dass ihnen das Geld für ein anständiges Leben im Alter fehlt. Deshalb muss man unterscheiden, ob die finanzielle Notlage selbst herbeigeführt wurde oder ob jemand unfreiwillig hineingeraten ist.

Nächste Woche startet die Frühjahrssession in Bern. Nationalrätin Therese Schläpfer berichtet hier im Zürcher Boten wieder wöchentlich über Abstruses, Lustiges und auch Erfolgreiches aus Bern. Bild: Wikipedia

Im Bildungsbereich soll dem Lehrermangel entgegengetreten werden. Dafür soll nun ein prüfungsfreier Zugang für Personen mit der Berufsmatura zur Pädagogischen Hochschule gewährleistet werden. Ein durchaus sinnvoller Schritt, wenn das Niveau des Ausbildungsprogramms beibehalten wird. Überhaupt sollte die Ausbildung für Lehrpersonen eher praxisbezogener sein und die Ausgestaltung der Details soll bei den Kantonen bleiben.

Die Diskussion zur Neutralität steht aktuell hoch im Kurs. In direktem Zusammenhang steht der Ukraine-Krieg und das Wiederausfuhrverbot von Munition und Waffen. Deswegen werden wir uns mit dem Kriegsmaterialgesetz beschäftigen. Das Ausland erzeugt immer stärkeren Druck auf die Schweiz. Auch bürgerliche Kreise – welche 2020 den Verschärfungen zugestimmt haben, gegen Opposition der SVP – möchten diese jetzt rückgängig machen. Nach dem Motto: Was kümmern mich meine Meinungen von gestern? Diesem Druck von Links dürfen wir auf keinen Fall nachgeben. Der Bundesrat bleibt vorläufig noch standhaft. Während der Diskussion der Verschärfungen 2020 wurde von Links-Grün gesagt, es gäbe nie mehr Krieg in Europa – falscher hätten die damaligen «Verschärfer» nicht liegen können.

In den gleichen Bereich der Neutralität gehört die Forderung der linken Ratsseite zur Unterstützung der iranischen Zivilbevölkerung. Dazu stimmen wir über eine Erklärung des Nationalrates für Menschenrechte und Demokratie im Iran ab. Auffallend dabei ist, dass hier immer die gleichen Parlamentarier – übrigens Secondos – solche Vorstösse einreichen.

Sie verstehen unsere Neutralität nicht, sie wollen die ganze Welt retten und ziehen weitere Parlamentarier auf ihre Seite.

Mit den Änderungen im Energiegesetz wird eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien angestrebt. Hier soll die Attraktivität der Förderung der Photovoltaikanlagen erhöht werden. Ebenfalls beraten wir über ein dringliches Gesetz zur Beschleunigung fortgeschrittener Windparkprojekte und von grossen Vorhaben für mehr Speicherwasserkraft. Dieses dringliche Gesetz ist umstritten, weil damit die Gemeinden übergangen werden sollen.

Eine längere Debatte dürfte die Agrarpolitik 2022+ geben. Der Bericht des Bundesrates zur künftigen Ausrichtung der Agrarpolitik und die Konkretisierung des Konzepts liegen vor. Dabei soll die Entkoppelung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+ vollzogen werden.

Ausserdem werden wieder einmal institutionelle Regeln für die Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt der EU und die unverzügliche Aufnahme der Verhandlungen mit dieser gefordert. Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an der Hartnäckigkeit der EU-Befürworter: Immer wieder bringen sie die gleiche Leier.

KLARES VOTUM DER SVP-BUNDESHAUSFRAKTION

Neutralität kann man nicht rückwirkend lockern

In der Diskussion um Neutralität oder Rüstungsindustrie hat die SVP-Bundeshausfraktion einen Grundsatzentscheid getroffen. Sie lehnt in einem klaren Votum jede Lockerung der Neutralität ab. Und lehnt damit auch vom Parlament diskutierte rückwirkende Änderungen des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) ab.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Die geplante Lockerung des KMG ist rückwirkend gedacht. Das heisst, bei der Ausfuhr von Schweizer Rüstungsgütern für Länder mit vergleichbaren Standards würden Ausnahmen gelten. Das würde bedeuten, dass z. B. die Deutschen, die Dänen oder die Spanier ihre in der Schweiz gekauften Schützenpanzer und die Munition an die Ukraine weitergeben können.

Neutralitätswidrig

So wie es aussieht, wird sich in den eidgenössischen Räten wahrscheinlich eine Mehrheit für diese rückwirkenden Lockerungen finden lassen. Dass die SVP da nicht mit macht, ehrt sie. Weil die KMG-Änderung eine Büchse der Pandora öffnen würde. Alt Bundesrat Christoph Blocher sagte zum Ansinnen des Parlaments: «Rückwirkend machen wir es jetzt, damit man jemandem die Erlaubnis gibt, in einen kriegsführenden Staat, die Ukraine, zu liefern. Das ist neutralitätswidrig.»

> *«Neutralität rückwirkend zu lockern, wird sicher zu Schaden führen.»*

Völlig übertrieben ist allerdings die Meinung, ohne einen Kriegsmaterial-Kompromiss drohe das Ende der schweizerischen Rüstungsindustrie. Die NZZ spricht in diesem Zusammenhang sogar vom Ende der bewaffneten Neutralität. Der heimischen Rüstungsindustrie wird man helfen können. Neutralität rückwirkend wegen eines einzigen Konflikts zu lockern, würde aber mit Sicherheit zu grösserem Schaden führen.

Schweizer Rüstungsgüter werden, wenn es nach den Linken und der FDP geht, bald in der Ukraine russische Soldaten töten. Ist dies vereinbar mit unserer Neutralität? Bild: Pixabay

AUS DEM KANTONSRAT

Auf ein Neues!

Die erste Sitzung nach den Kantonsrats- und Regierungsratswahlen 2023 war auch die erste Sitzung im provisorischen Rathaus Hard. Bereits der vierte Tagungsort für den Kantonsrat der Legislatur 2019–2023. Wenn der Zürcher Kantonsrat am 24. April 2023 diese Legislatur beschliesst, wird er voraussichtlich auf 227 Sitzungen zurückblicken.

Die Umwandlung der Bullingerkirche in ein Parlament ist gelungen. Bild: Marlies Pfister, Fraktionssekretärin

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich Kreis 9

In der Legislatur 2019–2023 bezog der Kantonsrat bereits das vierte Ratsgebäude: nach der konstituierenden Sitzung, am 6. Mai 2019, tagte der Rat im Rathaus an der Limmat, ein knappes Jahr später, im März 2020, folgte der Umzug in die Messehalle 7 und bis zum 6. Februar 2023 schliesslich befand sich der Kantonsrat in der Messehalle 9 in Zürich Nord. Zurück zur Sitzung vom Montag, 20. Februar 2023! Nach kurzer Einleitung zum Tagungsort und symbolischer Zopf-Schlüsselübergabe wurde auch wieder politisch gearbeitet. Noch zeigt die Infrastruktur ein paar Eigenheiten und etwas Verbesserungsbedarf, dennoch funktionierte der Ratsbetrieb und die Parlamentsmitglieder kamen nach dreijährigem Unterbruch auch wieder in den Genuss einer halbstündigen Ratspause.

Unhaltbare Zustände in der Stadt Zürich

Für die SVP-Fraktion hat Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach) noch vor der Pause eine Fraktionserklärung zu den unhaltbaren Zuständen in der Stadt Zürich, anlässlich der samstäglichen, unbewilligten Demonstration, verlesen. Die SVP toleriert keinen gewalttätigen, linksradikalen Mob und verurteilt diesen Saubanner-Zug und die Sachbeschädigungen aufs Schärfste. Hier sei noch darauf verwiesen, dass die JSVP des Kantons Zürich die Anti-Chaoten-Initiative erfolgreich eingereicht hat und auch der Regierungsrat jetzt gefordert ist.

> *«Die SVP toleriert keinen gewalttätigen, linksradikalen Mob.»*

Der Kantonsrat hat anschliessend zwei Parlamentarische Initiativen der SVP-Fraktion und je eine der FDP und SP vorläufig unterstützt und zu Bericht und Antrag überwiesen.

Neutralitätsinitiative

Auch der parteilose Urs Hans (Turbenthal) kam zu seinem Auftritt, seinen zwei Parlamentarischen Initiativen zur «Gewährleistung der Pressefreiheit» und «Wiederinkraftsetzung der Neutralität der Schweiz», war aber kein Erfolg beschieden. Valentin Landmann (SVP, Zürich) konterte auf letzteren Vorstoss gekonnt, es sei die Unterstützung der laufenden Unterschriftensammlung zur «Neutralitätsinitiative» als das besser geeignete, politische Mittel klar zu bevorzugen.

Auf www.neutralitaet-ja.ch finden Sie dazu weiterführende Informationen und den Unterschriftenbogen. Haben Sie diese Volksinitiative mit Ihrer Unterschrift unterstützt, haben Sie schon unterschrieben?

Nein – dann wird es aber Zeit, auf ein Neues!

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Der Erhalt der Versorgungsgrundlagen dient allen!

Daniel Wäfler
Kantonsrat SVP
Gossau

An der ersten Ratssitzung in der ehemaligen Bullingerkirche konnte die Versorgungssicherheit zum zweiten Mal thematisiert werden und die Befürworter einer produzierenden Landwirtschaft, mit einem möglichst hohen Selbstversorgungsgrad im Inland, einen weiteren Erfolg verbuchen.

Am 16. Januar wurde die Parlamentarische Initiative zum zwingenden Erhalt der drainierten Landwirtschaftsflächen an die Kommission überwiesen und am vergangenen Montag kam noch die Zwillingsinitiative zum Schutze der Humusschicht hinzu. Mit 79 von 60 erforderlichen Stimmen überwiesen die Fraktionen von SVP/EDU, Mitte und FDP den Vorstoss an die zuständige Kommission. Damit kann die Versorgungsgrundlage Boden in seiner Gesamtheit betrachtet und eine weise Lösung gefunden werden, um unsere Böden langfristig für die Produktion zu erhalten.

Bei einem ungebremsten Bevölkerungswachstum nimmt die Bedeutung des Bodens noch weiter zu und auch die Sicherstellung der langfristigen Nutzbarkeit für die Nahrungsmittelproduktion. In der jetzigen Situation, mit Krieg in Europa und bereits laufenden Völkerwanderungen, noch über 1300 Hektaren Ackerböden zu vernässen oder die Humusschicht abzutragen, ist schlichtweg verantwortungslos.

Die schnelle Sammlung von über 6000 Unterschriften im Weinland und im Bezirk Hinwil zum Erhalt des Kulturlandes zeigte, dass es auch in der Bevölkerung brodelt und die realitätsfernen Planungen der Baudirektion immer mehr Kopfschütteln auslösen.

Die Petition und die beiden Parlamentarischen Initiativen sind aus echter Sorge um die Zukunft unserer Versorgung entstanden und sollen ein Weckruf sein. Seit 1990 wurde von den Umweltverbänden über die Verwaltung bis zur Armeespitze wohl nie wirklich mit einem Ernstfallszenario gerechnet. Doch diese unseriöse und gefährliche Schönwettermentalität hat nun definitiv keinen Platz mehr und es gilt, die vitalen Interessen zu schützen.

Die Förderung einer intakten Umwelt muss ihren Platz haben, aber der Erhalt unserer Versorgungsgrundlagen muss stets höher gewichtet werden. Mit der Sicherheit und der Versorgung gilt es nicht zu spassen und die SVP hat hier ihre unermüdliche Rolle als Vorkämpferin der Souveränität unseres Landes auf allen Ebenen weiter zu erfüllen. Hoffentlich bald mit Mehrheiten oder mit dem Volk an der Urne.

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP/EDU-FRAKTION – KANTONSRATSSITZUNG VOM 20. FEBRUAR 2023

Unhaltbare Zustände in der Stadt Zürich

Leben wir hier in einer rechtsfreien Zone oder wie sind die Ereignisse nach der Räumung des Koch-Areals zu deuten?

Am Samstagabend eskalierte eine unbewilligte Demonstration völlig. Gewalttätige Demonstranten nahmen die Räumung des Koch-Areals als Anlass für ihren Saubannerzug durch den Kreis 4. Laut Angaben der Stadtpolizei Zürich versammelten sich am Samstagabend rund tausend Personen in der Zürcher Innenstadt zu einer – wie es in diesen Kreisen üblich ist – unbewilligten Demonstration.

Unter den Demonstranten befanden sich einmal mehr mehrere Dutzend vermummte Personen. Die Demonstranten zündeten diverse Pyros und zogen vom Landesmuseum durch den Kreis 4 zum Albisriederplatz. Gemäss Polizei hat der anfänglich friedliche Demonstrationszug ein extrem grosses Gewaltpotenzial entwickelt. Auf der gesamten Strecke wurden Sprayereien und massive Sachbeschädigungen verübt. Bei zahlreichen Geschäften wurden Scheiben eingeschlagen, Autos und VBZ-Infrastruktur beschädigt sowie Container in Brand gesteckt. Die Höhe des Sachschadens kann noch nicht beziffert werden! Die wenigen Einsatzkräfte der Stadtpolizei Zürich wurden von den Gewaltexzessen überrascht und von vermummten Randalierern mit Steinen und entwendetem Baumaterial massiv angegriffen. Es ist ein Skandal, dass die Führung der Stadtpolizei einmal mehr von einer angekündigten, unbewilligten und gewalttätigen Demonstration überfordert wurde und nicht in der Lage war, diese in den Anfängen zu stoppen. Die willentliche und wissentliche Gefährdung von Leib und Leben der Bewohnerinnen und Bewohner durch die Unterlassung und wenig konsequentes Eingreifen der Einsatzkräfte ist inakzeptabel und muss eindeutige Konsequenzen haben. Es ist das Eine, eine «critical-mass- Demo» noch mit Polizeieskorten zu feiern, auch da diese allenfalls Gefährdungspotenzial für Mensch und Umwelt hat, wenn Einsatzkräfte deswegen behindert werden und im Stau stecken. Es ist aber eine ganz andere Geschichte von unseriöser und ungetreuer, oder hier am Ende sogar inkompetenter, Geschäftsführung der Polizeivorsteherin, wenn bei einer unbewilligten Demo ganz bewusst Schäden an Personen und Eigentum in Kauf genommen werden.

Schon die Besetzung sowie die Räumung des Koch-Areals ist ein Trauerspiel, das Seinesgleichen sucht. Es war zwar zu erwarten, dass die Randalen-Brüder und -Schwestern der linksradikalen Besetzerszene sich nicht einfach vom Acker machen. Vom Stadtrat Zürich und der zuständigen Vorsteherin hätte man aber, nach der Krawallnacht auf letzten Donnerstag und dem bekannten Aufruf zur Samstagabend-Demo, ein konsequentes Vorgehen erwartet. Falls sie, Frau Rykart, dazu nicht in der Lage sind, bräuchte es eine noch stärkere Unterstützung der bestens ausgerüsteten Kantonspolizei. Es liegt aber vermutlich nicht an der Schlagkraft der städtischen Polizei, sondern vielmehr an der Inkompetenz und der Unwilligkeit von Frau Rykart, gegen Parteikollegen und Sympathisanten der linksradikalen Besetzerszene vorzugehen, sodass einmal mehr Schäden an privatem und öffentlichem Eigentum zu beklagen sind. Schäden, die man hätte verhindern können und verhindern müssen! Schwer getroffen wurde das lokale Kleingewerbe mit grossen Schäden am privaten Eigentum. Unbeteiligte Gewerbler sind vom grossen Schaden betroffen und müssen für die Instandstellung ihrer Liegenschaften selbst aufkommen. Der linken Gewalteskalation muss endlich Einhalt geboten werden. Denn auch wenn Sie diese Sicht nicht teilen, liebe Rats-Linke: Die Schweiz, der Kanton Zürich und auch die Stadt Zürich sind keine rechtsfreien Zonen.

Die JSVP des Kantons Zürich hat dazu die Anti-Chaoten-Initiative eingereicht, welche fordert, dass die Chaoten für die verursachten Schäden aufkommen müssen. Diese muss umgehend behandelt werden. Die SVP/EDU-Fraktion fordert deshalb den Regierungsrat auf, in dieser Angelegenheit die schutzwürdigen Interessen gegenüber der Stadt Zürich durchzusetzen, die Sicherheit im öffentlichen Raum wieder herzustellen und das weitere Tolerieren von Saubannerzügen des linksalternativen Mobs, die Gefährdung von Menschenleben und die Zerstörung von Eigentum, nicht untätig zu akzeptieren.

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Wenn Gleiches nicht mit Gleichem verglichen wird

Die unbewilligte Demonstration vom letzten Samstag in Zürich mit den gewaltbereiten Linksextremisten hat eine Verwüstung und Sachbeschädigungen hinterlassen, die ihresgleichen suchen.

Dazu kommen gezielte Angriffe auf Einsatzkräfte, die sich nur mit Glück retten konnten. Die Szene bestätigt damit nicht nur ihre Gewaltbereitschaft, sie zeigt auch ihre Haltung zur Demokratie, Meinungsfreiheit und Toleranz. Während Links-Grün bei anderen Aufmärschen politisch laut Alarm schlägt, ist die Reaktion bei linksextremen Gewaltexzessen sehr verhalten, um es harmlos auszudrücken.

Die politische Verantwortung für die Fehleinschätzung der Lage trägt die Sicherheitsvorsteherin des Stadtrates Karin Rykart (Grüne). Dazu genügt auch Schweigen nicht. Es braucht eine klare Haltung. Gewalt, Sachbeschädigungen und willentliche Zerstörungswut sind keine Bagatellen, die ungeahndet bleiben sollen. Da fragt man sich schon, ob immer Gleiches mit Gleichem verglichen wird. Offensichtlich sind falsch oder zu lange Parkieren und Töffli-«frisieren» schlimmer, denn da erhalten Sie ganz bestimmt eine Busse.

Hingegen können Sie damit rechnen, dass wenn man in Zürich an einer unbewilligten Demo teilnimmt und mutwillig alles zerstört, was einem in die Quere kommt, nichts passiert. Nein, im Gegenteil, Sie müssen nicht mal für den Sachschaden aufkommen, damit werden die Gewerbetreibenden alleine gelassen oder der Steuerzahler wird auch das berappen.

Sicherheit ist ein hohes Gut, denn es garantiert uns auch unsere Freiheit. Sind wir doch stolz, dass wir uns in der Schweiz alle – auch Politiker – überall frei bewegen und die Meinung frei äussern können. Das bedingt, dass Sicherheit und Ordnung eingefordert und durchgesetzt werden von allen – auch dem Stadtrat von Zürich. Wir wollen keine Parallelgesellschaften, sondern weiterhin unser bewährtes direktdemokratisches System mit der Konkordanzregierung. Genau das verlangt, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, wie es die Bundesverfassung vorsieht. Dafür wird sich die SVP auch weiterhin mit aller Vehemenz einsetzen.

von Martin Hübscher

LINKS-GRÜNE VERBLENDUNGEN

Energie klimafreundlich gestalten

Der Titel betont die konstruktive, statt absolute Herangehensweise: gestalten. Dies im Sinne einer Annäherung an das Ziel einer zuverlässigen, sicheren und nachhaltigeren Energieversorgung. Denn davon hängt das Gedeihen von unserer Wirtschaft und Gesellschaft ab. Wir alle benötigen Energie, denn ohne Energie läuft nichts. Eine besondere Rolle spielt die Elektrizität. Sie lässt sich fast verlustlos nutzen. Sie ist also effizient, muss aber im gleichen Moment produziert und genutzt werden. Produktion und Verbrauch von Elektrizität sind deshalb anspruchsvoll.

Thomas Lamprecht
Kantonsrat EDU
Bassersdorf

Die bestehenden Kernkraftwerke in der Schweiz dürfen nicht abgeschaltet werden. Die kommenden Jahre werden uns ansonsten vor riesige Energie-Probleme stellen. Bild: Wikipedia

Um elektrische Energie zu speichern, muss sie in eine andere Energieform verwandelt werden: Batterie, Wasserstoff oder Stauseen. Bei der Umwandlung und bei der Rückwandlung entstehen Verluste.

Die Möglichkeit, Stauseen als Speicher zu nutzen, gelingt uns bereits heute recht gut. Bei der Batterie und beim Wasserstoff sind wir noch lange nicht so weit. Da träumen die grünen und linken Politiker.

Eine besondere Bedeutung bei der Energie kommt den fossilen Brennstoffen (Erdöl, Erdgas und Kohle) zu. Denn bei der Verbrennung entsteht CO_2. Die Lösung scheint einfach: Aufhören, fossile Stoffe zu verbrennen. Aber so einfach ist es nicht.

Eine Reduktion des Einsatzes fossiler Brennstoffe schlägt sich nicht in einer Verminderung des weltweiten CO_2-Ausstosses nieder. Denn als Folge der politisch verordneten Nachfrageminderung wird der Weltmarktpreis gesenkt. Dadurch würden die Entwicklungsländer mehr von diesen günstigeren Brennstoffen kaufen. Jedoch wird das Öl in diesen Ländern kaum «grüner» verbrannt. So haben die moralisch handelnden Staaten dann nichts gewonnen. Zielführender wäre es, wenn man die Ölfelder schliessen würde. Wer macht den Anfang? Vermutlich niemand. Wie würden wir die fossile Energie ersetzen? Das geht nur mit Strom. Konkreter: Sonnen- und Windstrom. Die Produktion aus Solarenergie läuft bereits gut und immer besser. Beim Windstrom ist die Topografie der Schweiz ungünstig und entsprechend nicht zielführend. Es bleibt noch die Kernenergie? Die Energiestrategie 2050 hat zwei Fehler: Sie ist eine Importstrategie und enthält ein Verbot neuer Kernkraftwerke. In der Schweiz muss der Bau von KKW an die Hand genommen werden.

Eine sachliche und ideologiefreie Beurteilung der Kernenergie setzt die Anerkennung voraus, dass diese Art der Energienutzung umweltfreundlich und CO_2-arm ist – wenngleich die Endlagerung radioaktiver Abfälle noch immer ungelöst ist. Da die Kernenergie nach wie vor einen wichtigen Beitrag für eine stabile Energieversorgung leistet, sollen die in der Schweiz bestehenden KKW weiterbetrieben werden, solange sie sicher sind. Angesichts des auf absehbare Zeit weiter ansteigenden Strombedarfs der Schweiz, führt bis auf Weiteres kein Weg an der Kernkraft vorbei. Wir anerkennen dabei die bedeutenden technologischen Fortschritte der letzten Jahre, welche in den Bereichen Sicherheit und Effizienz erzielt worden sind. Sich aus ideologischen Gründen der Innovation zu verschliessen, wäre unverantwortlich. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass sich weltweit zahlreiche Kernkraftwerke der neuen Typen im Bau befinden, soll die Schweiz die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit wir nicht «abgehängt» werden.

Ich persönlich schlage vor, dass die bestehenden KKW erst dann abgeschaltet werden, wenn die neuen KKW zum Einschalten bereitstehen.

SVP SCHWEIZ

Asyl: Es braucht keine neuen Unterkünfte, sondern die konsequente Rückführung von Asylschmarotzern

Die Asylzahlen explodieren. Doch die Mehrheit der Asylanten sind keine Flüchtlinge. Sondern Wirtschaftsmigranten, die einfach ein besseres Leben wollen – in der Regel auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Deshalb braucht es endlich eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Dass die FDP, die bis vor kurzem sämtliche Verschärfungen ablehnte, nun einen harten Asyl-Kurs fahren will, nehmen wir erfreut zur Kenntnis.

Andreas Glarner
Nationalrat SVP
Oberwil-Lieli AG

Das Scheitern des Schweizer Asylsystems lässt sich nur schon an den neusten Zahlen ablesen: Allein 2022 wurden in der Schweiz 24 511 Asylgesuche gestellt – das sind 64,2 Prozent mehr als 2021. Für 2023 rechnet der Bund sogar mit bis zu 40 000 neuen Asylmigranten.

Die Mehrheit dieser Personen sind keine Flüchtlinge. Es sind vor allem junge Männer aus Afghanistan, Eritrea und der Türkei – in der Regel ohne wirklichen Asylgrund. Sie sind auf der Suche nach einem besseren Leben und wollen in unser grosszügiges Sozialsystem einwandern.

Kriminelle Schlepperbanden schleusen sie durch zig sichere Länder. Wer es bis in die Schweiz geschafft hat, wird mit dem verlogenen Status «vorläufige Aufnahme» belohnt. Konkret heisst das: Diese Leute bleiben für immer hier – in den meisten Fällen auch Jahre oder Jahrzehnte auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Per Ende 2022 gehörten 44 806 Personen dieser verlogenen Kategorie an und jedes Jahr werden es mehr.

Das Scheitern des Asylsystems verantwortet die Mitte-Links-Grün-Mehrheit in Parlament und Bundesrat. Statt endlich die Zuwanderung von Asylschmarotzern zu stoppen, suchen sie Betten, Kasernen, Zivilschutzanlagen und Turnhallen, um noch mehr dieser Leute unterzubringen.

Die Folgen dieser Politik: Kosten, Kriminalität und Integrationsprobleme explodieren.

Dass wir bei unseren Forderungen neu auf die Unterstützung der FDP zählen können, nehmen wir erfreut zur Kenntnis. Denn bis vor Kurzem lehnte die FDP im Nationalrat jegliche Verschärfungen in der Asylpolitik geschlossen ab.

Es kommen zu viele und hauptsächlich auch die falschen Menschen! Die Schweiz muss dem illegalen Asyltourismus endlich wieder einen Riegel schieben! Bild: Wikipedia

SVP KLOTEN

Traditionen sollte man pflegen

«Wie immer» im Laufe der ersten beiden Monate im Jahr traf sich die SVP Kloten zum traditionellen Jahreshöck. Wobei hier das «wie immer» ganz bewusst doch eher in Anführungszeichen zu sehen ist. Bedingt durch die Corona-Massnahmen konnten wir den letzten Anlass nur unter den sogenannten 3G-Regeln durchführen. Kleine Anmerkung am Rande, wer weiss noch genau, was das war? Nun, auf jeden Fall durften wir uns wieder treffen und zusammen feiern und zusammen essen. Rund 20 Personen waren dabei. Neben den Mitgliedern der eigenen Partei waren auch die am besten gewählte Kantonsrätin aus dem Kanton Zürich, Romaine Rogenmoser, einige Kandidaten der Kantonsratswahlen des Bezirks Bülach und viele Gemeinderäte der SVP Kloten dabei. Es wurde viel geredet, gelacht und sich ausgetauscht. Eine Partei hat ja per Definition eine gemeinsame Mission, dabei Themen zu finden war nicht all zu schwer. Wir haben dieses Jahr ganz bewusst auf einen Gast für ein politisches Referat verzichtet. Das Gespräch unter den Mitgliedern sollte gepflegt werden und die Möglichkeit zum zwanglosen Austausch ausserhalb von Fraktionssitzungen oder Parteiversammlungen sollte im Mittelpunkt stehen. Für uns war es ein gelungener Abend und wir werden diese Tradition auch nächstes Jahr wieder weiterführen. Danke an alle, die dabei waren!

Thomas Schneider, Präsident SVP Kloten

Gemütliche Stimmung mit Raclette und vielen interessanten Gesprächen am Jahreshöck der SVP Kloten. Bild: zVg

Kantonale Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier»

Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fliessen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!
Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch

FUNKTIONÄRSKARTELLE WOLLEN ALLE MACHT

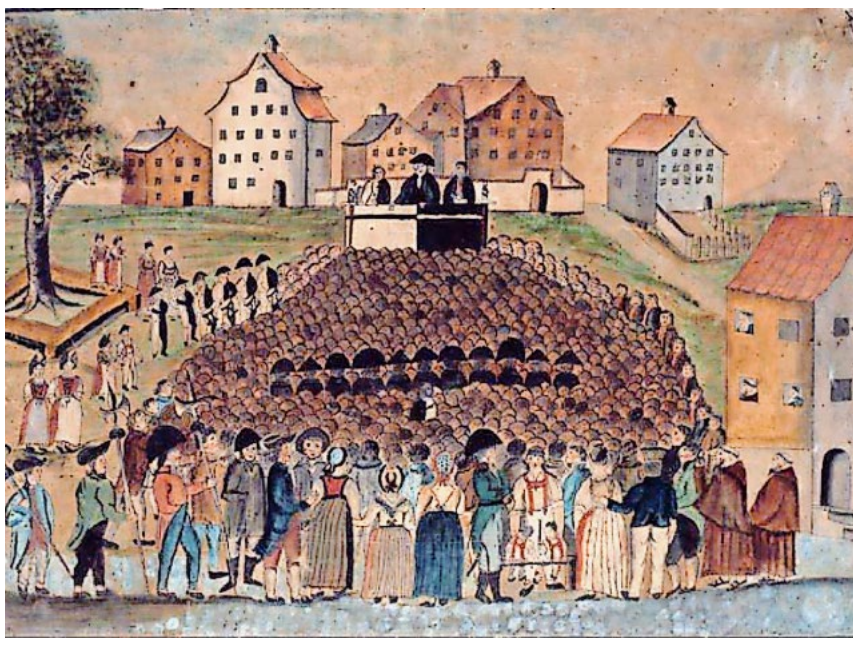
Demokratie in Bedrängnis

Die Demokratie müsste eigentlich sicherstellen, dass die Bedürfnisse der Menschen das politische Geschehen bestimmen.

Ulrich Schlüer
Alt Nationalrat SVP
Flaach

Am Gedeihen des eigenen Landes interessierte Menschen organisieren sich in Parteien. In den Parteien kämpfen sie um Parteiprogramme. Je konsequenter Parteiprogramme die wirklichen Bedürfnisse der Menschen zum Ausdruck bringen, desto spektakulärere Wahlerfolge winken der hinter solchem Programm stehenden Partei – auf dass die Anliegen des Parteiprogramms im Parlament – in der Direkten Demokratie auch in Volksabstimmungen – zum Ausdruck gebracht und durchgesetzt werden.

So funktioniert der demokratische Staat – zumindest in der Theorie. Angesichts der heute die politische Agenda bestimmenden Kräfte verkommt diese Theorie allerdings zur unwirklichen Idylle – nur noch Demokratie-Träumer beglückend.



Unsere abendländische Demokratie ist in den letzten Jahren unter enormen Druck geraten. Institutionen wie die EU, mit all ihren Funktionären, sägen am Stuhlbein der Demokratie: Hier liegt es an uns, uns mit allen Kräften gegen diese Mächte zu wehren. Bild: Wikipedia

Themensetzung am Beispiel «Biodiversität»

Heute spielt sich die Themensetzung für das politische Handeln deutlich anders ab. Zum Modethema für Regierungen und Parlamente – beeinflusst von pompös aufgezogenen internationalen Konferenzen – entwickelt sich derzeit das Anliegen «Biodiversität». Wie es in den Mittelpunkt gelangt ist, illustriert die heutige Praxis politischer Themensetzung beispielhaft.

Der Ruf nach Achtung der Biodiversität lebt davon, dass aus dem seit Jahrzehnten anhaltenden Bevölkerungswachstum auch der Bedarf nach massiver Steigerung der Nahrungsmittelproduktion erwächst – was dazu zwingt, wesentlich mehr Fläche als früher für den Lebensmittel- und Düngeranbau zu bearbeiten. Weite Flächen, die früher sich selbst überlassen worden sind, kommen so unter den Pflug. Und der Einsatz von Natur- und Kunstdünger sorgt dafür, dass der Ertrag pro Flächeneinheit laufend steigt.

Dass diese Art der Bedarfsdeckung mit Nahrungsmitteln die Biodiversität, die Vielfalt von natürlich wachsenden Pflanzen, von Insekten, Vögeln, von Klein- und Grosstieren stark beeinflusst, ist unbestritten.

Politische Ausschlachtung

Bestimmte Interessenvertreter, die diese Vorgänge zu politischer Einflussnahme nutzen und dafür Öffentlichkeit mobilisieren wollen, organisieren sich in NGOs (Nichtregierungsorganisationen). Diese suchen von allem Anfang an, die Medien einerseits, die Funktionärskartelle aller Ebenen andererseits zu beeinflussen. Mit dem Anliegen Biodiversität gelang es ihnen, die UNO für eine mit allem Pomp ausgestattete Weltkonferenz zu gewinnen. Die UNO-Funktionäre tagten. Auf Gleichschaltung Aller bedacht, fassten sie den Beschluss, dass sämtliche Länder des Erdballs – ob Wüsten- oder Gebirgsländer, ob Steppenland, ob fruchtbar oder aber alljährlich von Beeinträchtigungen durch Naturereignisse (zum Beispiele Taifune) heimgesucht – einen Drittel ihrer Landfläche der Biodiversität zu überlassen haben, der Nahrungsmittelproduktion also entziehen müssen.

Von Funktionären und Medien für diesen «Verhandlungserfolg» weltumspannend beglückwünscht, machten sich die Funktionärskasten wenigstens in einigen wirtschaftlich führenden Ländern sofort daran, das UNO-Ziel auf Landesebene umzusetzen. Auch Länder, deren Verwaltungen eigentlich erst aktiv werden können, wenn sie von Bürgern gemäss den geltenden Regeln der Demokratie dazu aufgefordert werden, begannen verzugslos – ohne jeden demokratischen Auftrag – Flächen festzulegen, die den Biodiversitäts-Anliegen dienstbar zu machen seien. Viele andere Länder pflegen UNO-Resolutionen, denen ihre Funktionäre zwar zugestimmt haben, notorisch einfach als Regeln stehen zu lassen – ohne je an deren Umsetzung zu denken.

Bundesbern zieht mit

Auch in der den Regeln der Direkten Demokratie unterstellten Schweiz reagierten die Funktionäre auf Ebene Bund sofort. Und die kantonalen Funktionäre zogen flugs nach: Munter werden Flächen fruchtbaren Landwirtschaftslandes ausgeschieden – vor allem mit dem Ziel der Versumpfung, der Moorbildung. Die Eigentümer der zu solchem Zweck ausgeschiedenen Landwirtschaftsflächen wurden bis heute nicht einmal kontaktiert.

Sie dürfen – obwohl ihnen das Eigentumsrecht per Verfassung garantiert ist – aus den Medien erfahren, wie und wo Bundesberns Funktionäre über ihr Eigentum und über ihre Existenz verfügen.

Kampf – oder Krieg – um Nahrungsmittel

Was wäre denn – grenzüberschreitend – die Folge, wenn der Bürokraten-Ukas zur Biodiversität, welcher der Landwirtschaft einen Drittel bisher bearbeiteten Bodens entziehen will, tatsächlich umgesetzt würde? Der Importbedarf für Lebensmittel würde – vor allem in den wirtschaftlich erfolgreicheren Ländern des Westens – massiv zunehmen. Der Kampf um Getreide, der Kampf um Kartoffeln, der Kampf um alle elementar benötigten Lebensmittel würde sich dramatisch verschärfen. Und zweifellos würden die westlichen Länder im weltweiten Preiskampf zulasten der weniger potenten Drittweltländer obsiegen.

Dabei leiden nicht wenige Drittweltländer schon heute unter Lebensmittelmangel – ein Ende der Bevölkerungsexplosion ist schliesslich nicht abzusehen. Damit werden weitere Heerscharen von Funktionären aktiv werden: Von den Staatsbürokratien mobilisierte Entwicklungshilfe-Funktionäre, welche, unterstützt von allen Medien, weltweit umfassende Umverteilung zugunsten notleidender Drittweltländer unablässig fordern und teilweise auch umsetzen werden. Angesichts der Zahlungsfähigkeit der entwickelten Länder mit absehbar wenig Erfolg – auch deshalb, weil Aufträge an Entwicklungshilfe-Funktionäre seit Jahrzehnten mit der Zusicherung erteilt werden, sie könnten ihre Arbeit «ergebnisoffen» – also ohne bindenden Leistungsauftrag – entfalten. Damit werden erfolglose Funktionäre ganz automatisch auf den Pfad geleitet, auf dem sie in allererster Priorität lautstark die Ernennung und Entsendung weiterer Funktionäre fordern – einem Perpetuum mobile gleich.

Demokratie wird liquidiert

Abgesehen davon, dass die drastische Zunahme von Lebensmitteltransporten rund um den Erdball kaum als sehr umweltfreundlich eingeschätzt werden kann, werden auf diese Weise demokratische Grundregeln recht eigentlich mit Füssen getreten. Wo Funktionären das Handeln überlassen wird, werden Exekutivpolitiker vom Format beispielsweise einer Ursula von der Leyen zwar durchaus noch geduldet – als «Ankündiger» grossartiger Programme und als Beschöniger und Lobredner weitgehend missglückter, also resultatloser Aktionen.

Die Entscheidungen aber treffen Funktionäre. Sie bemächtigen sich der Durchsetzungsgewalt, der Macht auf allen Ebenen. Demokratische Regeln sind für sie Makulatur. Sie nisten sich ein an den Schlüsselstellen der internationalen Organisationen und treffen von dort Entscheidungen, welche von keinem Parlament bewilligt werden müssen. Regeln – vor allem auch Regeln des Finanzhaushalts – werden der demokratischen Kontrolle rigoros entzogen, ja zunehmend der Lächerlichkeit preisgegeben.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Text erschien erstmalig im «Brisant» der Schweizerzeit vom 10. Februar 2023.

WIR STOSSEN AN UNSERE GRENZEN

Hauptproblem: Zuwanderung

Die legale und illegale Zuwanderung wird immer mehr zu einem existenziellen Problem der Schweiz. Ein Grund ist auch der Asylmissbrauch: Letztes Jahr sind 64 Prozent mehr Asylsuchende in die Schweiz geströmt als im Vorjahr. Nicht mitgezählt sind noch weit über 70 000 Schutzsuchende aus der Ukraine.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Der Asylweg wird von immer mehr Menschen missbraucht, um in der Schweiz ohne Visum oder Aufenthaltsbewilligung ein besseres Leben zu führen. Diese Wirtschaftsflüchtlinge werden von Anfang an von den Schweizern finanziert. Die Behörden zählen die Köpfe, verwalten das System, wollen aber das geltende Recht nicht durchsetzen: Der grösste Teil, auch der abgewiesenen Asylsuchenden, bleibt hier.

Die Parteien der Mitte schauen dem Treiben zu, die Linken fördern es sogar. Ständig geschehen neue schwere Kriminaltaten durch junge Männer aus dem Asylbereich. Wegen der unsinnigen Verträge von «Schengen/Dublin» darf die Schweiz ihre Grenzen nicht mehr selber kontrollieren. Der versprochene «hermetische» Grenzschutz an der EU-Aussengrenze versagt total.

Die überforderten Mittelmeerländer sind ausserstande, die Asylbewerber zu registrieren. Illegale können ungehindert überall einreisen, wo sie die besten Sozialleistungen erhalten. Dabei könnte die Schweiz gemäss Vertragstext wegen Überforderung und Notstand die Grenzen längst wieder selber kontrollieren. Doch Bundesrat und Mehrheit des Parlamentes tun nichts, sie vertuschen den Zustand.

In ganz Europa sehen eigentlich alle Länder, dass «Schengen/Dublin» nicht funktioniert. Sie getrauen sich nur noch nicht, es laut zu sagen. In solchen Situationen braucht es aber jemanden, der es laut sagt und den Damm bricht. Die kleine, unabhängige Schweiz sollte vorangehen. Ich bin sicher, dass viele EU-Länder folgen würden.

Der Asylmissbrauch in der Schweiz ist gravierend. Immer mehr (illegale) Menschen beanspruchen unsere Infrastruktur, unsere Umwelt und uns als Gesellschaft. Bild: Pixabay

Fadegrad

von
Stefan Urech

«Eine Bereicherung fürs Quartier»

So lautete der Werbespruch auf dem Abstimmungsplakat der Ja-Kampagne zum Bau des Bundesasylzentrums mitten im Kreis 5. Der damalige SP-Gemeinderat Michael Kraft schwärmte in einem Artikel im Lokalinfo von einem «lebendigen kulturellen Austausch» zwischen Quartierbevölkerung und den Asylsuchenden dank des künftigen Zentrums und ärgerte sich über die SVP, die im Abstimmungskampf «politische Stimmungsmache» betreibe. In den Gemeinderatsdiskussionen, in den sozialen Medien und auf Podien wurde der Gegnerschaft von verschiedener Seite Fremdenfeindlichkeit und Unmenschlichkeit vorgeworfen. Am meisten störte sich der politische Mainstream an der Plakatkampagne gegen den Bau des Asylzentrums. Darauf war eine düstere Figur im Kapuzenpullover zu sehen und in grossen Lettern: «Mehr Belästigung, Diebstähle und Gewalt?» Der Tagesanzeiger nannte die Kampagne «plakativ-provozierend» und fragte sich, weshalb die SVP für solche Aussagen nicht öfters «zur Rechenschaft gezogen» würde. «Inakzeptabel» und «verantwortungslos» sei das Plakat, meinte die Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, «Angst- und Hasspropaganda» nannte es Georg Kreis, emeritierter Professor der Uni Basel und eine Professorin der Uni Freiburg wünschte sich ebenfalls eine juristische Verurteilung «wegen Rassendiskriminierung». Fünf Jahre später zeigt sich, dass die Mahnungen der SVP berechtigt waren. Heute klagen Eltern und Vereine aus dem Quartier in den Medien über Belästigungen durch teilweise alkoholisierte Bewohner des Zentrums. So wurde beispielsweise ein Weihnachtssingen für Kinder an der Schule gegenüber dem Zentrum von jungen angetrunkenen Asylsuchenden gestört, die sich am Glühwein bedienen wollten. Der Verein, der die Stadionbrache auf dem ehemaligen Hardturmareal betreibt, muss aufgrund von Vandalismus, liegengelassenen Mülls und Diebstahl das Areal über die Nacht neuerdings abschliessen. Die Diebstähle im nahegelegenen Lidl und Coop sind so rasant gestiegen, sodass auch vor diesen häufig die Securitas kursiert. Mehr als wöchentlich steht wegen gewalttätiger Auseinandersetzungen innerhalb des Zentrums ein Kastenwagen der Polizei vor dessen Eingang. Während die damals versprochene Bereicherung im Quartier noch auf sich warten lässt, plant die Stadt rund 500 Meter vom Bundesasylzentrum entfernt bereits ein neues Baracken-Lager für mindestens 320 Geflüchtete.

BESORGNISERREGENDES AUS DER STADT ZÜRICH

Die Verachtung der Demokratie: «Wohnruum für alle, suscht gits Krawall»

Es ist ein schwarzer Tag für die Demokratie: Über tausend Personen nahmen am Samstagabend in Zürich an einer unbewilligten Demonstration teil. Was gewaltfrei begann, endete in Gewaltausbrüchen und einer Spur der Verwüstung. Mehrere Dutzend Fensterfronten wurden zerstört oder beschmiert. Ob Kleiderläden, Boutiquen, Schmuckhändler, Autogaragen oder Wohngebäude: Alles fiel dem gewalttätigen Demonstrationszug zum Opfer. Auch Tramhaltestellen und Ticketautomaten wurden nicht verschont. In einer Seitengasse griff ein Vermummter mit einer Eisenstange in der Hand einen Polizisten auf dem Motorrad an und warf mit Steinen nach ihm. Die Aggressivität war erschreckend.

Camille Lothe
Präsidentin
SVP Stadt Zürich
Zürich

Alleine der 1. Mai verursacht 6000 Einsatzstunden bei der Polizei

Doch die Ausschreitungen vom letzten Samstag legen schonungslos die verfehlte Sicherheitspolitik der Stadt Zürich offen. Bereits 2021 kam es in der Stadt Zürich zu 360 Demonstrationen und Kundgebungen, davon war ein Drittel unbewilligt. Alleine am 1. Mai wurden über 6000 Einsatzstunden durch die Polizei geleistet. Das ist so viel wie 3,5 vollzeitangestellte Polizisten pro Jahr arbeiten. Innerhalb der letzten fünf Jahre stiegen die Einsatzstunden der Stadtpolizei von 59 000 auf 70 000 pro Jahr. Das hat Folgen: Im Jahr 2021 wurden im Korps Überstunden im Umfang von 72 Stellen angehäuft.

Es bräuchte 259 neue Polizisten

Entlastung dürfte es nur bedingt geben. Der Polizeibestand der Stadtpolizei ist in den letzten Jahren lediglich um zwei Prozent gewachsen, während die Wohnbevölkerung in der Stadt Zürich im gleichen Zeitraum 11,5 Prozent zunahm. Im Vergleich zur gesamtschweizerischen Bilanz ein Armutszeugnis: Mit der zunehmenden Bevölkerungszahl um 10 Prozent stieg hier die Anzahl Polizisten um fast 13 Prozent.

Doch es fehlt der politische Wille. Während die Sicherheitsdirektion bis 2030 152 neue Stellen vorschlägt, wurde im Gemeinderat ein Postulat überwiesen, das bis 2024 lediglich 43 neue Stellen fordert. Wenn die Stadtpolizei mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten will, bräuchte es gemäss polizeiinternen Berechnungen 259 zusätzliche Angestellte.

Vermisst: Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart

Es stellt sich die Frage: Was unternimmt die grüne Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart? Wir wissen es nicht, denn eine Medienmitteilung der Stadträtin gibt es nicht. Eine Verurteilung der Gewalt? Erst auf Nachfrage der «NZZ» am Montagnachmittag. Diese Taktik ist nicht neu. Bereits im Oktober 2021 versteckte sich die Sicherheitsvorsteherin nach den Strassenblockaden von «Extinction Rebellion».

Trotz mehrfacher Anfragen diverser Zürcher Medien gab es kein Statement. Stattdessen verschwand die grüne Stadträtin in die Ferien. Die Ausschreitungen vom Samstag sind symptomatisch für eine anhaltende Demokratiefeindlichkeit. Banner mit «Wohnruum für alle, suscht gits Krawall» stehen für die Erpressung der Politik. Hinter den Forderungen stehen die Besetzer des Koch-Areals, die während zehn Jahren auf Kosten der Steuerzahler mietfrei leben durften.

Fröhlich sangen diese: «Alles wird besetzt, bald wohnen wir in euren Nestern.» Unterstützend zeigten sich auch die Jungsozialisten.

Diese riefen ebenfalls zur Demonstration auf und forderten dazu die Abschaffung der Polizei. Die Frage bleibt: Wie lange will die Zürcher Politik noch zuschauen?

Die links-extreme Gewalt in der Stadt Zürich (hier ein Symbolbild aus Hamburg) ist ausser Rand und Band. Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart tut das, was sie in solchen Fällen immer tut: sich verstecken. Bild: Pixabay

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

Respektlosigkeit gegenüber dem Parlament und der Privatwirtschaft

Die letzte Gemeinderatssitzung brachte sehr deutlich die Arroganz von egoistisch-links geprägten Verbänden und Organisationen zutage. Einmal mehr wurde die immer grösser werdende Kluft zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft erkennbar. Und es wurde klar, dass die Privatwirtschaft für die Stadtentwicklung unverzichtbar ist.

Anita Borer
Gemeinderätin SVP
Uster

Selten war eine Gemeinderatssitzung so gut besucht wie diejenige vom 23. Januar 2023. Die Zuschauerränge waren bis auf den letzten Platz – vorwiegend durch städtische Angestellte – besetzt. Grund war der durch den Gemeinderat festgelegte Teuerungsausgleich des städtischen Personals von 2,5 Prozent für das Jahr 2023, der zu Protestaktionen führte. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hatte zuvor 3,5 Prozent für das Staatspersonal beschlossen, die der Stadtrat von Uster ebenfalls beantragte.

Arroganz und Respektlosigkeit

Auf die tiefere Festsetzung hin folgten heftige Reaktionen seitens des Verbands des städtischen Personals, insbesondere durch Zuschriften an den Gemeinderat, die an Respektlosigkeit kaum zu überbieten waren. Unter anderem wurde dem Gemeinderat «Lohnwertklau», «Provokation zur Störung des Arbeitsfriedens» und «belehrender Eingriff in den Zuständigkeitsbereich des Stadtrates» vorgeworfen sowie die «Urteilsfähigkeit gewisser Parlamentsmitglieder» infrage gestellt. Über die Hintergründe des Entscheids lässt sich diskutieren, nicht aber über die Arroganz und respektlose Art, mit der vom Volk gewählte Parlamentarier seitens des mit linken Parolen um sich schlagenden Personalverbandes angegangen wurden.

Der Ratspräsident wies zu Recht darauf hin, dass solche Vorwürfe und Handlungen wenig konstruktiv und einer Demokratie unwürdig seien. Als gewählte Volksvertreter haben die Gemeinderatsmitglieder nämlich den gesetzlichen Auftrag der Ustermer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, den Stadtrat und damit indirekt auch die Stadtverwaltung zu kontrollieren.

Die Kluft zwischen der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung wird immer grösser. Was dabei oft vergessen geht: ohne Privatwirtschaft auch keine öffentliche Verwaltung. Bild: Pixabay

Kluft zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft

Einmal mehr zeigte sich in dieser Diskussion die Kluft zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation, der Inflation, steigenden Material- und Energiepreise, immer höheren Gebühren und Abgaben hatten viele KMU schlicht nicht die Möglichkeit, einen Teuerungsausgleich zu finanzieren. Dem gegenüber beschwert sich der Verband des städtischen Personals über eine in ihren Augen zu tiefe Festsetzung des Ausgleichs in einer Art und Weise, die weder einer Demokratie würdig noch gegenüber der Privatwirtschaft opportun ist.

Privatwirtschaft übernimmt Verantwortung

Wie wichtig die Privatwirtschaft für die Stadt ist, zeigte das darauffolgende Geschäft rund um den privaten Gestaltungsplan «Schliiffi-Nord» in Niederuster. Mit diesem will ein privater Investor auf dem ehemaligen Industrieareal einen aktiven Beitrag zur Arbeitsplatzentwicklung und zur Innenverdichtung von Uster leisten. Dabei hat sich der private Investor der Forderungen der Stadt vollumfänglich angenommen und gewährleistet so zum Beispiel für die Energieerzeugung zu 100% erneuerbare Energie. Weiter ermöglicht er durch eine Landabtretung die wichtige Veloroute zum See – ein riesiger Gewinn für die Stadtentwicklung!

Auch dieses Geschäft zeigte, wie wichtig es ist, der Privatwirtschaft und damit auch privaten Investoren Sorge zu tragen. Sie sind es, welche Wohn- und Arbeitsplätze schaffen und für die Weiterentwicklung und Belebung einer Stadt essenziell sind. Sie sind es, die Innovationen zutage bringen und damit Verantwortung für die zukünftige Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten übernehmen. Auch die linke Ratsseite musste dies einsehen, auch wenn sie es nicht zugeben will und dies mit ihrer «Stimmfreigabe» signalisierte.

Ihr Immobilientraum?

www.immobilientraum.info

aktuell im Verkauf

3 Rebweg 8457 Humlikon

6½ Zi. Doppel-EFH`s
+41 52 338 07 09
www.rebweg.ch

5 Trottenacker 8458 Dorf

3½ - 5½ Zi.-Wohnungen
+41 52 338 07 09
www.trottenacker.info

8 Vistadelsole 8370 Sirnach

4½ Zi.-Wohnung
+41 52 338 07 09
www.vistadelsole.ch

12 Schlossblick 8610 Uster

2½ - 4½ Zi.-Wohnungen
+41 44 316 13 42
www.schlossblick.ch

14 Glattwies 8152 Glattbrugg

4½-Zi.-Wohnung
+41 44 316 13 87
www.glattwies.ch

16 Vistacasa 8308 Illnau

3½ - 4½ Zi.-Wohnungen
+41 52 338 07 09
www.vistacasa.ch

18 Schmiedgass 8545 Rickenbach

3½ - 5½ Zi.-Wohnung
+41 55 610 47 46
www.schmiedgass.ch

22 Solevista 8615 Wermatswil

4½ Zi.-Wohnung
+41 44 316 13 42
www.solevista.ch

Projektankündigungen

1 am Goldenberg 8400 Winterthur

3½ - 4½-Zi. Wohnungen
+41 55 610 47 46
www.amgoldenberg.ch

2 Römergarten 8404 Winterthur

3½ - 5½-Zi. Mietwohnungen
+41 55 610 47 46
www.immobilientraum.info

„Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?“
Melden Sie sich bei mir.
ulrich.koller@lerchpartner.ch
+41 52 235 80 00

4 Projektankündigung 8311 Brütten

4½ Zi. Reihen-EFH`s
+41 52 338 07 09
www.immobilientraum.info

6 Duovivo 8904 Aesch ZH

2½ - 5½ Zi.-Wohnungen
+41 55 610 47 46
www.duovivo.ch

7 Uetliblick 8136 Thalwil-Gattikon

3½ - 4½ Zi.-Wohnungen
+41 55 610 47 46
www.uetliblick-gattikon.ch

9 Chridlerpark 8127 Aesch-Maur

3½ - 6½ Zi. WHG und EFH
+41 55 610 47 46
www.chridlerpark.ch

10 am Zentrum 8910 Affoltern a.A.

2½ - 4½ Zi.-Wohnungen
+41 55 610 47 46
www.amzentrum.ch

11 am Eichacher 8904 Aesch

3½ - 5½ Zi.-Wohnungen
+41 55 610 47 46
www.ameichacher.ch

13 Soley 8309 Birchwil

3½ - 4½ Zi.-Wohnungen
+41 55 610 47 46
www.soley-birchwil.ch

15 Puro Vivere 8157 Dielsdorf

5½-Zi. Reihen-Doppel-EFH`s
+41 55 610 47 46
www.purovivere.ch

17 inside 8152 Glattbrugg

3½ - 5½-Zi. Mietwohnungen
+41 55 610 47 46
www.immobilientraum.info

19 Projektankündigung 8404 Stadel

3½ - 5½ Zi. Whg. und EFH
+41 52 338 07 09
www.immobilientraum.info

20 Tre Fiori 8913 Otttenbach

7½-Zi. Reihen-EFH
+41 55 610 47 46
www.tre-fiori.ch

21 Grastal 8310 Grafstal

3½ - 5½ Zi.-Wohnungen
+41 55 610 47 46
www.grastal.ch

23 Dreieckspitz 8406 Winterthur

2½ - 5½ Zi.-Wohnungen
+41 55 610 47 46
www.dreieckspitz.ch

Lerch&Partner GENERALUNTERNEHMUNG AG LerchPartner
Zürcherstrasse 124
8406 Winterthur
YouTube
Jetzt Newsletter abonnieren!
Wir fördern Sport & Unterhaltung:
NewGeggeien-VIP.ch
padelarena.ch powered by LerchPromotions
Stand Januar 2023

LESERBRIEF

Zur Zerstörungswut und den massiven Sachbeschädigungen in der Stadt Zürich

Der Saubannerzug am vergangenen Wochenende durch Teile der Stadt Zürich spottet jeder Beschreibung und hat mit der demokratischen Demonstrationsfreiheit nichts mehr gemeinsam.

Die Spuren der Verwüstung: eingeschlagene Fensterscheiben, verschmierte Häuserfronten, beschädigte Ticketautomaten sowie Tramhaltestellen. Mit Eisenstangen und Steinen wurden die Polizisten angegriffen. Diese erschreckende Aggressivität und blinde Zerstörungswut müssen ein Ende haben. Die Chaoten werden öffentlich mit Samthandschuhen angefasst. Eine härtere Gangart gegenüber den Gewaltextremisten ist dringend nötig. Die verfehlte Sicherheitspolitik tritt offen zutage. Die unbewilligte Demo wurde bekanntlich angekündigt. Somit hätte man sich auf diese Chaoten vorbereiten und zielgerichtet einschreiten können. Zu den Grundaufträgen eines intakten Staates gehören Ruhe, Ordnung und Sicherheit.

Wurden diese Werte durch die linksgrüne Stadtregierung von Zürich eingehalten? Es gilt nun, die immer wieder in Erscheinung tretenden Gewaltextremisten mit aller Härte zu stoppen. Unsere nachfolgenden Generationen benötigen in Zukunft auch ein intaktes, lebenswertes Land. Das sind wir ihnen schuldig.

Kurt Streil-Marti, Diessenhofen

LESERBRIEF

Olli ist gekommen, und wie …!!!

Am 17. Februar haben wir in Kloten unseren Jahreshöck bei Raclette und dem einen oder anderen Glas Weisswein gemütlichen gefeiert. Ja, es ist jeweils ein, familiäres Zusammensein der SVP-Familie. Nun erhielt ich kurz vor dem Anlass eine Mail aus Bassersdorf! Olli hat gefragt, ob er auch kommen darf. Mich freut es jeweils sehr, wenn aktive Mitglieder der SVP-Familie sich um einen Besuch an unseren Events bemühen und eine Teilnahme anfragen. Natürlich haben wir Platz für jeden, der gerne kommen möchte und sich an den angeregten Diskussionen beteiligt. Klar, habe ich sofort auf die Anfrage von Olli Ja gesagt und es hat uns sehr gefreut! Mein Aufruf gilt daher für alle: Nehmt wieder mehr an den Anlässen der SVP teil. Wir haben noch immer viel Potenzial, uns zusammen zu vernetzen und besser zu werden!

Thomas Schneider, Präsident SVP Kloten

JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00–22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Knonau
Donnerstag, 2. März 2023, 19.30 Uhr, Referat mit Apéro, Hasentalstrasse 3, Knonau, mit Gemeinderat Thomas Obermayer zum Thema «Kernenergie in der Schweiz».

Bezirk Meilen/Zollikon
Montag, 13. März 2023, 19.00 Uhr, Standortbestimmung nach den Wahlen, Katholisches Kirchgemeindehaus, Neuweg 4, Zollikerberg, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Anmeldung an svp@linter.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Freitag, 31. März 2023, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Mönchhof, Mönchaltorf. Anschliessend Referat von Nationalrat Bruno Walliser.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 31. März 2023, 18.00–20.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Nationalrat Gregor Rutz. Thema: Was läuft falsch in Bundesbern?

Freitag, 12. Mai 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Büsi, Bärenbohlstrasse 47, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Alfred Heer.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 24. Februar 2023, 20.00 Uhr, Bowling-Abend, Bowling-Halle, Rümikerstrasse 5A, Elsau. Kosten: 20 Franken. Anmeldung bis 17. Februar 2023 an naemi.dimmeler@hotmail.com.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 21. März 2023, 18.30 Uhr, Grossmünster-Gespräch «Persönlich», Grossmünster, Zürich, mit Bundesrat Guy Parmelin.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Einladung zum

Politlunch

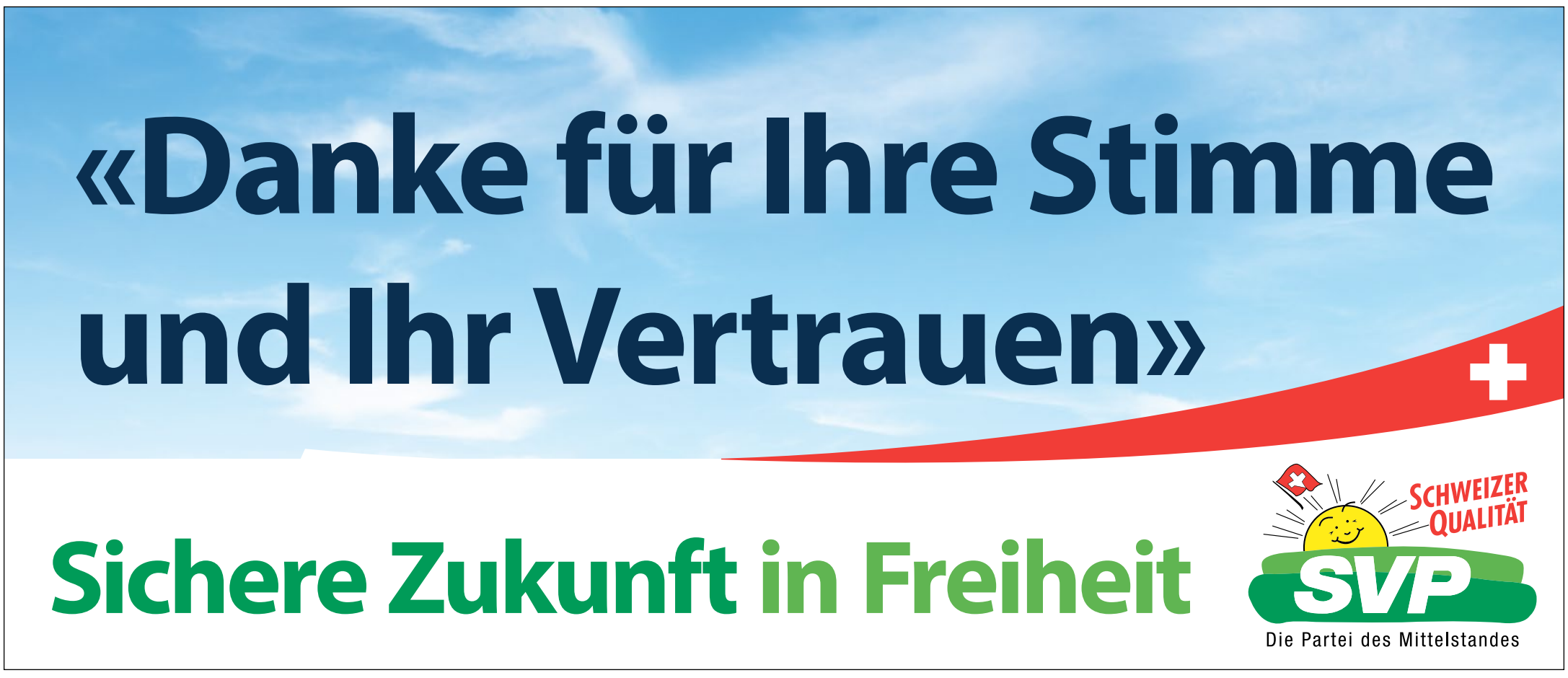
Die SVP des Bezirks Andelfingen – wir machen Politik fürs Weinland.

Mit Martin Maletinsky
Vorstandsmitglied Freie Landschaft Schweiz

Thema:
«Windkraft»

WANN:
Mittwoch,
1. März 2023
11.30 – 14.00 Uhr

WO:
Restaurant Obermühle
Obermühleweg 1
8416 Flaach

PROGRAMM:

11.30 - 12.00 Uhr	Apéro
12.00 - 13.00 Uhr	Mittagessen *auf Kosten der Teilnehmer*
13.00 Uhr	Referat
13.30 Uhr	Diskussion
14.00 Uhr	Ende